

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der Initiative „Park für alle“

1. Halten Sie Bewegung an frischen Luft, Sport und Spiel im Freien notwendig für die physische und psychische Gesundheit von Menschen jeden Alters?

Ja, Bewegung, Sport und Freizeit in der Natur sind wichtig für das psychische und physische Wohlbefinden. Es ist Aufgabe der Politik, die dafür notwendigen Räume bereitzustellen und sie zu schützen - gerade auch in Ballungsräumen wie Potsdam.

2. Halten Sie die Nutzung Parks der Stadt als Erholungsgebiet notwendig für die Bürger der Stadt, insbesondere für Familien mit Kindern? Siehe auch § 2 Abs. 2 der SATZUNG DER STIFTUNG PREUSSISCHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN BERLIN-BRANDENBURG - <https://www.spsg.de/stiftung/satzung/>

Die Erholungsnutzung durch Bürgerinnen und Bürger ist die zentrale Funktion der Parks – neben der kulturellen, touristischen und ökologischen Bedeutung. Dies muss bei allen Nutzungsregelungen mit hohem Stellenwert berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht lässt sich dies umsetzen, ohne die Bedeutung als Weltkulturerbe zu schmälern.

3. Welche Schritte unternehmen Sie um diese Nutzung für die Bürger der Stadt zu gewährleisten?

Die Linke hat sich in Potsdam durch Anträge in der Stadtverordnetenversammlung vehement dafür eingesetzt, die Parks der Stiftung eintrittsfrei zu halten sowie – leider bislang vergeblich – den Zugang zum Volkspark kostenlos zu machen. Wir werden uns dafür einsetzen, der Erholungsnutzung stärkeres Gewicht bei der Abwägung der unterschiedlichen Belange zu verleihen.

4. In Stadtgebiet Potsdam liegen 550 ha Parkanlagen in der Verwaltung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten – Berlin-Brandenburg (Berlin 164ha, ländliches Brandenburg 123ha, siehe Anlage). Halten Sie es angesichts dieser Größenverhältnisse für richtig, dass die Landeshauptstadt Potsdam gar nicht im Stiftungsrat vertreten ist?

Die Parkanlagen haben große Bedeutung für die Menschen vor Ort – deshalb sollten auch kommunale Vertreter und nicht nur Vertreter von Bundes- und Länderministerien mit über die Belange der Stiftung entscheiden und entsprechend in den Stiftungsgremien vertreten sein. Der Stadt Potsdam kommt dabei als Kommune mit dem größten Flächenanteil besondere Bedeutung zu.

5. Welche Schritte haben Sie unternommen, um dies zu ändern?

Wir haben die Forderung nach Mitspracherecht der Potsdamer:innen im Stiftungsrat durch eine Vertretungsregelung zur Kondition bei der letzten Debatte um die Weiterführung der Zahlung der Landeshauptstadt Potsdam an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gemacht. Dem wurde leider nicht vollständig gefolgt. Die Stadtverordnetenversammlung hat jedoch die Bedingung formuliert, dass die Stiftung einen Beirat für die Parks der SPSG einführt, um Nutzungskonflikte unter Einbeziehung der Nutzenden zu klären

6. Finden Sie es richtig, dass die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten – Berlin-Brandenburg über sämtliche Möglichkeiten der Nutzung, alle Veränderungen und auch den Einsatz der Gelder vollständig eigenständig ohne eine demokratische Kontrolle entscheiden darf?

Im Stiftungsrat sitzen Vertreter demokratisch legitimierter Institutionen, insofern sind Entscheidungsstrukturen und Kontrolle nicht per se undemokratisch. Allerdings hat der Generaldirektor große Spielräume, gerade auch bei der Gestaltung der Parkordnung. Solche für die Menschen wichtigen Entscheidungen sollten auf einer breiteren Grundlage getroffen werden. Potsdam muss hier mitverhandeln und mitentscheiden können.

7. Speziell der Park Babelsberg als Waldpark ist in gleicher Form angelegt, wie der Glienicker Park Berlin und hat auch die gleiche Größe. Im Glienicker Park dürfen Kinder auf allen Wiesen Ball spielen, Drachen steigen lassen oder Schneemänner bauen. Man darf auf den Wiesen Yoga praktizieren, Picknick machen oder ein Buch lesen - ebenso wie im Park von Versailles oder im Hyde Park in London, die auch zum UNESCO Kulturerbe gehören. Warum ist diese Nutzung im Park Babelsberg verboten. Warum werden in Babelsberg nicht nur die Beete um das Schloss herum geschützt (Pleasure Ground), sondern auch alle Areale ohne Bepflanzung oder Skulpturen?

Gerade der Babelsberger Park bietet sich für eine stärkere Öffnung für die allgemeine Erholungsnutzung an, zumal er in großen Teilen weniger auf die Präsentation des Weltkulturerbes ausgerichtet ist als etwa das Umfeld der Schlösser Sanssouci und Cecilienhof. Aus Sicht der Linken sollte hier eine weitgehende Freigabe der Erholungsnutzung nach einem Zonierungskonzept erfolgen.

8. Haben Sie bei der Schlösserstiftung eine Auskunft über die tatsächlichen Fälle von Vandalismus speziell im Park Babelsberg abgefragt? Welche Auskunft haben Sie erhalten?

Als LINKE haben wir die Vandalismus- Meldungen bisher nicht abgefragt. Das liegt vor allem daran, dass sie für die vergangenen Jahre bereits öffentlich bekannt sind.

9. Haben Sie bei der Schlösserstiftung eine Auskunft angefordert, welcher Schaden entsteht, wenn Kinder auf den Wiesen Ball spielen, Drachen steigen lassen oder Schneemänner bauen, man auf den Wiesen Yoga praktiziert, Picknick macht, ein Buch liest oder auf dem Kindermannsee Schlittschuh läuft.? Welche Auskunft haben Sie erhalten?

Nein, bisher nicht im Detail. Wir haben allerdings im Rahmen eines Fachgesprächs im zuständigen Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie im Rahmen weiterer Gespräche wiederholt versucht, die unterschiedlichen Interessensbereiche (Denkmal, Naturschutz, Freizeit und Erholung) miteinander abzuwägen und ins Verhältnis zu setzen. Besonders begrüßt hatten wir daher die Gesprächsaufnahme zwischen Stiftung und Stadtjugendring, in der Hoffnung eine Einigung bei der Suche nach Jugendfreizeitflächen zu finden.

10. Würden Sie eine Mitbestimmung der Bürger über die Nutzung bzw. Veränderungen der Parks unterstützen? Anbieten würden sich hier Bürgerbeteiligungen, Gespräche oder Arbeitsgruppen, die durch die Stadt Potsdam mit dem Stiftungsrat.

Ja, wir halten dies für dringend geboten. Die Parks sollten wie öffentliches Eigentum behandelt werden, ihre Nutzung muss die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen – gerade auch der Einwohnerinnen und Einwohner von Potsdam, nicht nur der Besucher:innen. Die in der Frage aufgeführten Instrumente halten wir für geeignet, um die Mitbestimmung zu verbessern.